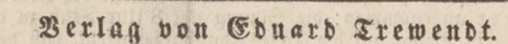
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 412. Mittag-Ausgabe.



Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 4. September 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 2. Sept. Nach Berichten aus New-York vom 26. haben die Unionisten Warenton besetzt. Die Conföderirten griffen das Fort Donnelson an. Der französische Consul zu New-Orleans hat gegen den Befehl Butlers, daß alle Individuen die Waffen abliefern sollen, protestirt und dargethan, daß sich Symptome eines Aufstandes gezeigt hätten; bei einem Aufstande würde aber die Bundesfahne ein ungenügender Schutz sein. Butler beharrte bei seinem Befehl und hat verordnet, daß gewaltsame Diebstähle und schwere Insulten mit dem Tode bestraft werden sollen.

Turin, 2. Sept., Abends. Nach der „Italie" hat ein außerordentlicher Ministerrath stattgefunden, um über die gegenwärtige Lage zu berathen. An demselben haben Sclopis, Vicepräsident des Senats, Alfieri, Azeglio, Techio und Farini Theil genommen. Der Gesundheitszustand Garibaldi's ist beruhigend.

Kassel, 3. Sept. Die höchstbesteuerten Wähler des Wahlbezirks Kassel wählten heute Ober-Finanz-Rath Zuschlag und Bürgermeister Beinhauer, beide als verfassungstreu bekannt.

Preußen.

Berlin, 3. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kammerjunker, Premier-Lieutenant a. D. und Landrath des koblenzer Kreises, Frhrn. Franz Jacob Hubert Raitz v. Frentz zu Koblenz, die Kammerherrenwürde zu verleihen. (St.-A.)

[Vom Hofe.] Aus Baden, 2. September, wird der „Sternz." mitgetheilt, daß Ihre Maj. die Königin wiederholte Besuche in Karlsruhe gemacht und dabei die erfreulichsten Fortschritte in der Herstellung der allverehrten Großherzogin Louise wahrgenommen hat. Die Taufe der neugeborenen Prinzessin ist auf den 9. September festgesetzt.

— Se. k. Hoh. der Kronprinz kam heute Vormittag mit dem 10-Uhr-Zuge von Potsdam nach Berlin, fuhr vom Bahnhofe sofort nach dem Hotel des Staatsministeriums, wohnte dort dem Ministerrathe bei und kehrte um 2 Uhr wieder nach Potsdam zurück.

— Heute Vormittag um 11 Uhr trat das Ministerium im Hotel des Staatsministeriums zu einer Berathung zusammen.

[Sr. Majestät Fregatte „Thetis"] ist, nach kürzlich hier eingetroffenen Nachrichten, am 29. Juli d. J. auf der Rhede von Bahia eingetroffen, nachdem sie, vom Cap der guten Hoffnung kommend, St. Helena und Pernambuco berührt. Es wird der Ankunft des Schiffes in England und demnächst in Danzig binnen Kurzem entgegengesehen.

Berlin, 3. Sept. [Offizielle Widerlegung.] Die „Sternz." schreibt: Obgleich die Stellung der königl. Regierung zu den handelspolitischen Vorschlägen Oesterreichs durch die nunmehr publicirten Depeschen nach München und Stuttgart in vollkommen authentischer Weise vor aller Welt constatirt ist, läßt sich der wiener „Botschafter" nichtsdestoweniger aus Berlin schreiben, daß die preußische Regierung wahrscheinlich den Widerstand gegen das Zustandekommen eines Zollcongresses unter gewissen Bedingungen fallen lassen werde, und die wiener „Presse" will sogar erfahren haben, daß Graf Bernstorff sich in demselben Sinne gegen den Vertreter Oesterreichs geäußert habe.

Die Nachricht ist natürlich ganz aus der Luft gegriffen. Aber wir halten es für Pflicht, bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß von gewisser Seite systematisch Unwahrheiten zu dem Zweck verbreitet werden, um über die Willensmeinung der preußischen Regierung irre zu leiten und durch unbegründete Insinuationen die betheiligten Kreise von einer ernsthaften Prüfung der handelspolitischen Interessen ihres Landes abzulenken. Wir warnen vor diesen Umtrieben und verweisen ein für allemal auf die in authentischer Weise veröffentlichten offiziellen Kundgebungen der preußischen Regierung.

K. C. **Berlin**, 3. Sept. [Bericht über die handelspolitische Resolution.] Aus dem Commissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Eingangs- und Ausgangs-Abgaben und über die handelspolitische Resolution (Ref. Abg. Michaelis) sind die Resultate bereits bekannt; aus den Verhandlungen ist noch folgendes hervorzuheben: Der Bericht recapitulirt den Stand der handelspolitischen Frage: wenn Preußen den mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrag nicht durchführte, so würde es ihm „für alle Zeit unmöglich sein, im Namen des Zollvereins Handelsverträge, welche umfassende Aenderungen des Tarifs zur Folge haben, zu vereinbaren und eine handelspolitische Körperschaft, die keine Handels-Politik treiben kann, ist ein Unding." Ein weiterer Moment für Preußen, die Durchführung des Vertrages vom 2. August zur „Cabinetsfrage" zu machen, liegt in dem Auftreten Oesterreichs, welches gegen den französischen Handelsvertrag sein bekanntes Zolleinigungs-Project ausgespielt hat. „Es liegt auf der Hand (sagt der Bericht), „daß Preußen als europäischer Staat unmöglich durch eine Zolleinigung mit Oesterreich seine handelspolitische Autonomie an einen anderen europäischen Staat binden kann, zumal in einer solchen Vereinigung Oesterreich als die ihrer Vergangenheit nach schutzzöllnerische Macht, d. h. als diejenige, von welcher Zoll-Concessionen mühsam zu erwirken sein würden, den politischen Schwerpunkt eines solchen Vereins in Anspruch nehmen würde. Dieser Plan ist auch wohl zunächst nicht ernstlich in Frage. Dagegen scheint es darauf abgesehen, jenes sogenannte weitere Bundesverhältniß Oesterreichs zum Zollverein, d. h. das System ausschließlicher Zoll-Begünstigungen, wie es der Vertrag vom 19. Februar 1853 einführte, weiter auszubilden. Da man jenseits aus einem solchen Vertrags-Verhältniß einen Rechtsanspruch gegen alle durchgreifenden Tarif-Reformen des Zollvereins Einspruch zu erheben, hergeleitet, und diesem Vertrags-Verhältniß eine Bedeutung beigelegt hat, welche die Handels-Politik Preußens und des Zollvereins lahm legen würde, so wird sich wohl kein preußischer Minister finden, der einen solchen Vertrag auf gleicher Grundlage erneuern oder weiter ausbilden möchte. Durch die nach Durchführung des Handels-Vertrages mit Frankreich zu eröffnenden Verhandlungen mit Oesterreich könnten weitere gegenseitige Zollherabsetzungen nur noch unter der Voraussetzung herbeigeführt werden, daß sie diesseits nicht ausschließliche wären. Gerade dies scheint man von österreichischer Seite verhindern zu wollen, um die Handhabe für einen maßgebenden Einfluß auf die Handels-Politik des Zollvereins und Preußens zu behalten. Es ist keine materielle, es ist eine Machtfrage, um die es sich in dem durch Oesterreich heraufbeschworenen Kampfe handelt. Wenn nach diesen Vorgängen die Regierungen von Baiern und Würtemberg bei ihrer Ablehnung des Handelsvertrages den Anschauungen und Vorschlägen Oesterreichs mehr oder weniger das Wort reden, damit zum Theil mit eigenen früheren Auffassungen in Widerspruch tretend, wenn unmittelbar nachher Oesterreich seine Aufforderung zur unmittelbaren Aufnahme der Unterhandlungen erneuert, so sehen wir hierin das Wiederaufleben der darmstädtischen Coalition von 1852, welche damals unter ähnlichen Verhältnissen ähnlich operirte, und es scheint auf dem handelspolitischen Gebiete der politische Kampf ausgetragen werden zu sollen." Auch nach der Unterzeichnung der Verträge am 2. Aug. „scheint man in München, Stuttgart und Wien dem preußischen Staate die unerhörte Schwäche zuzutrauen", er werde Oesterreich seine handelspolitische Autonomie opfern; „diese Illusion wird die Note vom 26. Aug. wohl zerstört haben." Zu der in dieser Depesche eingeschlagenen Politik will die Comm. der Regierung ihre Zustimmung geben; wenn man auswärts erkennt, „daß es der Regierung und dem Volke Preußens mit der Durchführung des Vertragswerkes resp. der in demselben zum Ausdruck gebrachten handelspolitischen Reform Ernst ist, dann werden die Schwierigkeiten, welche sich jetzt gegen diese so überaus wichtige Maßregel erheben, sich ebnen. Preußen vertritt ja nicht etwa eigensüchtige Interessen, es vertritt die Interessen der materiellen und Cultur-Entwickelung des deutschen Volkes, und die Differenzen der im September 1861 von den Zollvereins-Regierungen genehmigten und der am 29. März 1862 stipulirten Zoll-Ermäßigungen sind zu unerheblich, als daß durch sie die segensreiche Verbindung der Zollvereinsstaaten zu einem einheitlichen Gebiete in ernstliche Gefahr kommen könnte, zumal Preußen durch das opferwillige Anerbieten eines Aufgebens der Uebergangsabgaben von Wein die nachtheiligste und unpopulärste der wenigen noch bestehenden Schranken der Verkehrsfreiheit innerhalb des Vereins zu beseitigen sich bereit erklärt hat." Bei der im zweiten Theile der bekannten Resolution ausgesprochenen „Erwartung", daß die Regierung die Reform des Zollvereinstarifs durchführen werde, kommt die Möglichkeit einer Auflösung des Zollvereins zur Sprache. Diese Eventualität ist schon längst ins Auge gefaßt worden, es lag darin das letzte Mittel, um eine Reform des Tarifs durchzusetzen. „Die Verfassung des Zollvereins, als eines vertragsmäßigen Verhältnisses souveräner Regierungen, mit dem liberum veto jeder einzelnen gegen jede Tarif-Aenderung, bildet eine Garantie für die Unveränderlichkeit des Zollvereinstarifs, wie sie kaum größer gedacht werden kann." Wenn freilich „alle Regierungen des Zollvereins eine gleich unbefangene Erkenntniß der Bedürfnisse der Gegenwart, ein gleiches Gefühl für das allgemeine deutsche Interesse, dem Sonder-Interessen sich beugen müssen, beseelte, so wäre damit das Gegenmittel gegeben, aber bei der großartigen industriellen und volkswirthschaftlichen Hebung in den letzten dreißig Jahren ist der Zollvereinstarif theilweise sogar noch verschlechtert. Um einer ewigen Stagnation der Gesetzgebung, der größten Calamität, die einem Volke in seinen inneren Verhältnissen auferlegt werden kann, zu begegnen, dazu giebt es in einem Staatenvereine, wie es der Zollverein bei seiner gegenwärtigen Verfassung ist, nur ein Mittel, das nämlich: daß durch Kündigung der immer nur auf bestimmte Zeitperioden abgeschlossenen Vereinsverträge die der Tarifreform widerstrebenden Staaten in die Lage versetzt werden, sich entweder den Interessen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung zu fügen, oder auf ihre Zugehörigkeit zu der Vereinigung zu verzichten." . . . „Es muß ein Moment kommen, wo um jeden Preis einem Zustande ein Ende gemacht werden muß, der die wirthschaftliche und Kultur-Entwickelung der in dem Zollverein vereinigten 33 Millionen Deutsche von dem Einfluß einiger in der wirthschaftlichen Erkenntniß zurückgebliebenen Interessenten-Coterien abhängig macht" . . . . „Jenes einzige Mittel zur Förderung der Tarif-Reform bei der gegenwärtigen Zollvereins-Verfassung, die Kündigung der Zollvereins-Verträge und die demnächstige Erneuerung derselben nur unter der Bedingung der Durchführung einer der fortgeschrittenen wirthschaftlichen Entwickelung und Einsicht entsprechenden Tarifreform, ist durch die Natur der Verhältnisse in die Hände Preußens gelangt. Preußen ist der umfangreichste Staat des Zollvereins, seine Bevölkerung beträgt 59 pCt. der Bevölkerung des gesammten Zollvereins, sein Gebiet ist so durch das Gesammtgebiet des Zollvereins vertheilt, daß sein Austritt eine Existenzfrage für den Zollverein ist, und was für die ganze Entwickelung des Vereins von der höchsten Wichtigkeit ist, in dem Gebiete Preußens sind so sehr alle die verschiedenartigen bei der Tarif-Gesetzgebung in Frage kommenden Interessen vertreten, daß der übrige Zollverein die Garantie hat, daß Preußen bei seinen Schritten eine gerechte Würdigung aller im Verein lebenden berechtigten Interessen eintreten lassen wird. Preußen trifft sonst die Verantwortlichkeit, sowohl seinen eigenen Provinzen gegenüber, die unter dem Zollschutze leiden, als auch Deutschland gegenüber, da eben kein anderer Staat die Möglichkeit hat, den Zollverein zu kündigen. In dieser Beziehung steht Preußen nicht blos auf preußischem, sondern auf deutschem Boden. Außer der preußischen Landesvertretung hat sich auch die des Königreichs Sachsen und zwar einstimmig, ferner die des Herzogthums Nassau für den Handelsvertrag und seinen Tarif ausgesprochen, die verfassungsmäßigen Vertreter von 20,660,000 Zollvereinseinwohnern, von mehr als 60 pCt. der Zollvereinsbevölkerung haben die Tarifreform des Vertrages adoptirt. Daß die Bevölkerung in den Staaten, deren Volksvertretung noch nicht gesprochen hat, zu einem sehr großen Theile dem Vertrage und der durch ihn bezweckten Tarifreform günstig ist, unterliegt nach den Kundgebungen der öffentlichen Meinung keinem Zweifel, ja selbst Baiern kann, wenn überhaupt, nur eine schwache Majorität seiner Fabrik- und Handelsräthe für seinen Entschluß anführen. Von den Regierungen haben sich die Vertreterinnen von 23,280,000 Einwohnern des Zollvereins für, die Vertreterinnen von nur 6,312,000 Einwohnern gegen den Vertrag ausgesprochen, die übrigen Regierungen, welche den Rest der Zollvereinsbevölkerung (ca. 3,950,000 Einwohner) vertreten, haben sich noch nicht entschieden. Wäre der Zollverein ein Staat, statt eines Staatenbundes, so wäre die ganze Frage schon längst zu Gunsten des Vertrages mit colossaler Majorität entschieden. Wenn Preußen jetzt, der eigenen Kraft vertrauend, die Reform des Zollvereins-Tarifs auf der Grundlage des Tarifs B bei Ablauf der Zollvereinsverträge durchführt, so bildet es nur den Ausführer des in der Sache ausgesprochenen Willens der übergroßen Mehrheit der Zollvereinsbevölkerung. Dies ist die unbesiegliche Stärke der Position Preußens." — Daß der Zollverein nicht zerfallen werde, hofft die Commission unter specieller Aufführung der schweren Bedenken, welche sich den österreichischen Plänen, sobald es Ernst damit werden soll, in Süddeutschland selbst entgegenstellen würden, und schließlich bemerkt der Bericht, daß „die Herabsetzung des Tarifs eines der wesentlichsten Hindernisse an den Beitritt Mecklenburgs hinweggeräumt, mit der Durchführung der Tarifreform gewinnt also die Vereinigung des gesammten außer-österreichischen Deutschlands — abgesehen freilich von den Herzogthümern, auf deren Zutritt unter den obwaltenden Verhältnissen überhaupt noch nicht zu rechnen ist — zu einem gemeinsamen Zollgebiet, zu welchem die Hansestädte sich als Freihäfen verhalten, in höchstem Grade an Wahrscheinlichkeit." — Aus dem Theile des Berichts, welcher die durch den Gesetzentwurf bezweckte Generalisirung der Tarif-Bestimmungen des Handelsvertrages vom 2. August d. J. betrifft, ist nur hervorzuheben, daß die Commission den § 4 der Regierungsvorlage, wonach der Zeitpunkt, mit welchem die Vorschriften der §§ 1 und 2 in Kraft treten, durch königliche Verordnung festgesetzt werden soll, dahin zu ändern vorschlägt, daß die Vorschr. der §§ 1 u. 2 gleichzeitig mit dem Handelsvertroge zwischen dem Zollvereine und Frankreich vom 2. August 1862 in Kraft treten, damit nicht die Generalisirung des Tarifs ins Ungewisse verschoben werde; die Regierung hat gegen diese Abänderung principiell nichts zu erinnern. — In Bezug auf den im Schlußsatze des § 4 gemachten Vorbehalt, daß durch königl. Verordnung von der hier ausgesprochenen Vergünstigung die Einfuhr gewisser Länder ausgeschlossen werden kann, hat die Regierung bemerkt, sie wolle sich diese Ermächtigung nur Belgien und der Schweiz gegenüber vorbehalten; doch würde nach Ansicht der Commission die Beschränkung „auf bestimmte Staaten dem Gesetze einen zu ausgesprochen feindseligen Charakter geben", und der Vorbehalt wird deshalb ganz allgemein ausgedrückt.

[Die Budget-Commission] hat gestern Abend und heute die Berathung des Etats für die hohenzollernschen Lande für 1862 und 1863 beendet und die des Etats des Cultusministeriums begonnen; beim letzteren ist die Beseitigung des Oberkirchenraths durch die Regierung in einem Antrage von schonender Form angeregt.

Königsberg, 31. August. [Der neue königsberger Handwerkerverein und Herr Polizei-Präsident Maurach.] Ein Beitrag zur Geschichte Königsbergs im Jahre 1862. (Königberg im Druck und Verlag von Albert Schwibbe. Seiten 24. Preis 2½ Sgr.) — unter diesem Titel ist heute hier eine Broschüre erschienen, die sämmtliche Correspondenzen enthält, welche seit der Schließung des neuen Handwerkervereins, 12ten April d. J., zwischen dem Vorstande desselben einerseits und dem Polizei-Präsidenten Maurach, Staatsanwalt Funk, Oberstaatsanwalt v. Batocki und Justizminister Graf zur Lippe andererseits geführt worden sind. Da die Beschwerden des Vereinsvorstandes wider Herrn Maurach zurückgewiesen, die Instanzenzüge erschöpft sind, so hat der Vorstand, unter Ueberreichung der 4 Beschwerden und 6 abschlägigen Bescheide unterm 26. August d. J. eine Petition an das Abgeordnetenhaus erlassen. Dieselbe lautet: „Hohes Haus der Abgeordneten! Im März d. J. — kurz vor den Abgeordneten-Wahlen — wird von dem Herrn Polizeipräsidenten Maurach die vorläufige Schließung des seit Jahren hier bestehenden Handwerkervereins angeordnet, angeblich, weil der Verein ein „politischer" sei und als solcher durch Aufnahme von Schülern und Lehrlingen dem § 8 des Vereinsgesetzes zuwider gehandelt habe. Auf Grund des jedem Preußen verfassungsmäßig zustehenden Rechtes (Art. 30) traten darauf die Unterzeichneten mit anderen Bürgern Königsberg zusammen und stifteten den „neuen königsberger Handwerkerverein." Obgleich das der Polizei vorschriftsmäßig eingereichte Statut dieses Vereins Schüler und Lehrlinge ausdrücklich von der Mitgliedschaft ausschließt, nahm Hr. Polizeipräsident Maurach keinen Anstand, den neuen Handwerkerverein für identisch mit dem alten, für eine bloße Fortsetzung zu erklären, und aus solchem Grunde, dessen Nichtigkeit ihm doch einleuchten mußte, jede Versammlung der Vereins-Mitglieder zu untersagen. Da dieses Verbot eine widerrechtliche Nöthigung zur Unterlassung der Ausübung eines uns durch die Verfassung gewährleisteten Rechtes involvirt, so beantragten wir gegen Hrn Polizei-Präsidenten Maurach die Untersuchung wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt (§ 315 des Str.-G.-B.), wurden mit unserem Antrage jedoch von Seiten der Staatsanwaltschaft abgewiesen, weil nicht dargethan sei, daß der Herr P.-P. Maurach bei jenem Verbote, „wider besseres Wissen" gehandelt, also das zur Anwendung des § 315 erforderliche „strafbare Bewußtsein" gehabt habe. In gleichem Sinne entschied die höhere Behörde. Nachdem wir, wie die beiliegenden 10 Schriftstücke bezeugen, den Instanzenzug vergeblich erschöpft haben, wenden wir uns nunmehr — zum Schutze unseres guten Rechtes vertrauensvoll an das hohe Haus der Abgeordneten. Die von der Staatsanwaltschaft unter Billigung des Hrn. Justiz-Ministers — gegebene Auslegung des § 315 des Str.-G.-B. ist entweder irrthümlich oder richtig: im ersteren Falle bitten wir um Eröffnung des uns verschränkten Rechtsweges; im letzteren Falle ersuchen wir das hohe Haus der Abgeordneten, den § 315 des Str.-G.-B. dahin abzuändern, daß derselbe gegen Willkür der Verwaltungsbeamten einen wirksamen Rechtsschutz gewähre. Der Vorstand des neuen Handwerkervereins. (gez.) Dr. Joh. Jacoby. Dr. Falkson. Dr. O. Saemann. L. Steil. C. Kade. J. B. Jahr." Als „Motto" zur Druckschrift ist der Wortlaut des § 315 des Str.-G.-B. angeführt. „Ein Beamter, welcher seine Amtsgewalt mißbraucht, um Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich zu nöthigen, wird mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft; zugleich kann auf zeitige Unfähigkeit zu öffentlichen Aemtern erkannt werden." — Die eigentlichen Motive zu dem ungesetzlichen Strafverbot der Versammlungen des neuen Vereins sieht der Vereinsvorstand, wie in der Beschwerde an den Justizminister (Seite 22, 23 der Druckschrift) wörtlich angeführt: „um die Zusammenkunft des älteren und neuen Handwerkervereins während der Vorbereitungen zu den Wahlen faktisch zu verhindern." (K. H. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 1. Sept. [Amerikanische Circulardepesche über Auswanderung.] Dem hiesigen Generalconsul der Vereinigten Staaten von Amerika ist die nachstehende Circulardepesche vom Staatsministerium in Washington zugegangen, deren Veröffentlichung nicht ohne Interesse für die, trotz des Bürgerkrieges seltsamerweise wieder im Zunehmen begriffene Auswanderung nach Amerika sein mag. Täglich werden auf genanntem Generalconsulat zahlreiche Anfragen und Anerbietungen wegen Einreihung in die Unionsarmee gemacht, die natürlich allein schon der Neutralitätsgesetze wegen unberücksichtigt bleiben. Aus dem Inhalt der Circulardepesche geht es noch deutlicher hervor, daß die amerikanische Regiernng keinesweges, wie man häufig anzunehmen scheint, auf irgend welche militärische Unterstützung von Europa aus reflectirt, wohl aber auf die Vortheile hinzuweisen bestrebt ist, welche namentlich nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges, der ackerbautreibenden und arbeitenden Klasse der Emigration um so großartiger in Aussicht stehen, als vom 1. Januar 1863 an einem jeden wirklichen Anbauer 160 Morgen Land gratis von der Regierung überlassen werden. Die Depesche lautet:

„An die diplomatischen und Consular-Agenten der Vereinigten Staaten im Ausland. Staatsministerium. Washington, 8. August 1862. Zu keiner früheren Periode unserer Geschichte haben die Interessen des Ackerbaues, der Industrie und des Bergbaues der Vereinigten Staaten eine blühendere Aussicht gehabt, als gerade jetzt. Diese Thatsache mag überraschend erscheinen angesichts des erhöhten Arbeitslohnes, welcher durch die Entziehung so vieler Arbeitskräfte für die Armee veranlaßt ist. Es kann zuversichtlich behauptet werden, daß, selbst jetzt, der fleißige Arbeiter und Handwerker nirgends eine so liberale Vergütung für seine Leistungen erwarten kann, wie in den Vereinigten Staaten. Sie sind hierdurch autorisirt und angewiesen, diese Thatsachen, wo immer es Ihnen passend erscheinen mag, und in einer Weise zu veröffentlichen, welche die Aufmerksamkeit solcher Emigranten auf Amerika hinzulenken im Stande ist. Die Kenntniß derselben ist vielleicht allein schon genügend, Letzteres zu verwirklichen, obgleich die Regierung gesetzlich nicht autorisirt ist, die Einwanderung strebsamer Fremden in pekuniärer Weise zu unterstützen. (gez.) William H. Seward."

Aus der Pfalz, 1. Sept. [Zum deutsch-französischen Handelsvertrag.] Der „Südd. Z." wird von hier geschrieben: „Wird der Zollverein uns erhalten bleiben? Dies ist gegenwärtig die Existenz-Frage für unsere Provinz. Wir haben 45,000 preußische Morgen Weinberge im Werthe von 50 Millionen Gulden, deren Ertrag in einem guten Weinjahre auf 8 Millionen angenommen werden kann. Eine Versammlung der Delegirten sämmtlicher Handels- und Fabrikräthe unserer Provinz hat sich einstimmig für den Handelsvertrag ausgesprochen und sich damit für stark genug erklärt, die Konkurrenz mit Frankreich zu bestehen. Die Errichtung der Zollschranken gegen Norddeutschland — den bedeutendsten Markt für unser Produkt — hieße dagegen den Werth unseres Bodens auf die Hälfte reduziren, unsern Wohlstand vernichten. Es klang daher wie bittere, verletzende Ironie, daß Freiherr v. Schrenck die Herabsetzung der Weinzölle mit als Grund anführte, den Handelsvertrag abzulehnen. Man durfte wenigstens keine Rücksicht für die Pfalz vorschützen, wenn man im Begriffe stand, einen Schritt zu thun, der sie ruinirte. Von den schweren Schlägen der französischen Revolution konnten wir uns lange nicht erholen, und erst mit dem Zustandekommen des Zollvereins wuchs der Wohlstand wieder rasch; er wird eben so rasch vernichtet sein."

Pfeddersheim, 1. Sept. [Zu den Wahlen.] Es ist bereits erwähnt, daß die Wahlen im Großherzogthum Hessen überwiegend im oppositionellen Sinne nach den jetzigen Ergebnissen ausfallen dürften. Ohne spezieller auf die Resultate der einzelnen Wahlakte einzugehen, erwähnen wir vorerst nur, daß, einer Nachricht des „Frankf. Journ." von hier zufolge, heute der Hofgerichts-Advokat Metz von Darmstadt für den hiesigen Wahlkreis mit 24 gegen 9 Stimmen zum Abgeordneten für den nächsten Landtag gewählt wurde.

Koburg, 1. Sept. [Die Königin Victoria] mit allen ihren unvermählten Kindern wird, wie der „Leipz. Z." von hier berichtet wird, am 4. Sept. in Reinhardtsbrunn eintreffen. Nur Prinz Alfred wird ihr erst nach einigen Tagen dahin nachfolgen. Während der Anwesenheit der englischen Herrschaften werden viele hohe fürstliche Gäste noch in Gotha erwartet.

[Zum ersten deutschen Sängertage], welcher am 21. Sept. hier stattfindet, haben bereits, nach der „Kob. Z.", 28 größere Sängerbunde Deputationen angemeldet. Der Sängertag beabsichtigt die Gründung eines allgemeinen deutschen Sängerbundes.

Hannover, 1. Sept. [Zur Katechismusfrage.] Wie der „Frank. Postz." von hier gemeldet wird, hat, gestützt auf die neueste Verordnung des Königs, der Magistrat der Hauptstadt die Benutzung des neuen Katechismus in den ihm untergebenen Schulen verboten.

Doberan, 2. Sept. [Se. Maj. der König von Preußen] wird, wie der „Nordd. Corresp." erfahren haben will, am 7. d. M.

von hier an den Hof von Schwerin kommen, und am 10. von dort nach Berlin zurückkehren.

Italien.

Turin, 30. Aug. [Details über das Gefecht von Aspromonte.] In der verflossenen Nacht erhielt die Regierung die telegraphische Meldung von Cialdini, daß Garibaldi verwundet und gefangen sei. An dem nordöstlich von Reggio liegenden Berge Aspromonte hatte Garibaldi eine starke Stellung eingenommen, in welcher er von dem Obersten Pallavicini, der 1800 Mann unter seinem Befehle hatte, angegriffen wurde. Ein Bataillon Versaglieri und ein Bataillon Infanterie formirten zwei Angriffs-Colonnen, während der Rest der Truppen als Reserve zurückblieb. Das Gefecht scheint sehr hartnäckig gewesen zu sein und man zählt auf beiden Seiten gegen 300 Verwundete, jedoch verhältnißmäßig nur wenig Todte. Ein Theil der Freiwilligen zerstreute sich; die meisten von ihnen, 2000 an der Zahl, streckten die Waffen und ergaben sich den kgl. Truppen. Unter den Gefangenen ist auch Garibaldi und sein Sohn Menotti. Garibaldi soll eine Contusion am Kopfe und eine schwere Verwundung am Fuße erhalten haben. Er verlangte, auf ein englisches Schiff gebracht zu werden, um Italien auf immer zu verlassen. Am Orte, wo das Gefecht stattfand, wurde sogleich zur Pflege der Verwundeten ein provisorisches Hospital errichtet. — In der öffentlichen Meinung spricht sich die Entrüstung weit mehr gegen Ratazzi als gegen Garibaldi aus; denn — sagt man — dieser letztere würde nie so weit gegangen sein, wenn der Minister die gehörige Stellung eingenommen hätte. Die öffentliche Meinung verlangt einstimmig, daß Ratazzi nicht länger Minister bleiben dürfe, und daß mit Garibaldi auch er fallen müsse. Aber das Ministerium in seinem Optimismus sieht den Sturm gar nicht, oder glaubt doch, demselben gewachsen zu sein. Doch ist der Fall Garibaldi's nur ein Wendepunkt in der Haltung der Actionspartei, aber keineswegs ihr Ende, besonders wenn ein im Ansehen so gesunkenes Ministerium noch länger die Leitung der Angelegenheiten behält. Die Auflösung der Emancipations-Vereine, die Beschränkung der Presse, die Verhaftung mehrerer angesehener Deputirten der äußersten Linken in Neapel, und andere ähnliche Maßregeln haben die Actionspartei wieder auf geheime Agitationen angewiesen. Die Mazzinische „Unita Italiana" in Mailand hat ihre Publication suspendirt mit dem Versprechen, sie in besseren Zeiten wieder aufzunehmen. Es ist wahrscheinlich, daß andere Blätter gleicher Farbe in mehreren Städten Italiens, wie die „Nuova Europa" in Florenz, einen gleichen Entschluß fassen.

Rom. [Der „Constitutionnel" wird dementirt und die Mittheilung der „France" aufrecht erhalten.] Der „Messager du Midi" bringt aus Rom, 26. August, einen Brief, dessen Absender in Stand gesetzt ist, dem Dementi des „Constitutionnel" gegen die Depesche der „France" seinerseits ein Dementi entgegenzustellen. Nach diesem Gewährsmanne hat Lavalette, der in Begleitung von Montebello beim Papste erschien, erklärt, „der Kaiser wolle durch seine Armee jeden Angriff auf das jetzige päpstliche Gebiet zurückschlagen", also nicht blos einen Angriff Garibaldi's, sondern „jeden". Abends verkündigte der Papst den Kardinälen die Zusagen, die ihm durch Lavalette überbracht wurden, mit dem Zusatze: „Wenn man Wort hält, so ist's unter obwaltenden Verhältnissen viel!" Ein Kardinal, an den der Papst diese Bemerkung gerichtet hatte, entgegnete: „Ich habe meinestheils nie daran gezweifelt; ich bin überzeugt, daß der Kaiser Napoleon, trotz der Revolution, die voran treibt, niemals gestatten wird, daß Rom von Garibaldi's Freiwilligen und von Viktor Emanuels Truppen besetzt wird, und daß er niemals zugeben wird, daß Ew. Heiligkeit der Revolution überliefert werde." Man muß abwarten, ob der „Moniteur" einer so positiv auftretenden Behauptung gegenüber nicht eine Berichtigung bringen wird. — Kardinal Antonelli hat einmal wieder eine Note erlassen, in welcher den Käufern der von der turiner Regierung ausgebotenen Kirchengüter außer dem Zorn des heiligen Vaters noch verschiedene andere Kirchenstrafen angedroht werden.

---

† **Breslau,** 4. Septbr. [Feuer.] Heute Morgen zwischen 4 und 5 Uhr brach in der Holztrockenanstalt, dem Herrn Zimmermeister Hallmann gehörig (auf der Straße gelegen, welche die Kloster- mit der Vorwerksstraße verbindet), Feuer aus, welches binnen kurzer Zeit die Gebäude und theilweise die Holzvorräthe vernichtete. Bei der großen Schwierigkeit, Wasser herbeizuschaffen, und bei der furchtbaren Hitze, beschränkte sich die Arbeit der Feuerwehr auf Bergung der angrenzenden Holzvorräthe, indem man das brennende Hauptgebäude seinem Schicksale überlassen mußte. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Breslau, 3. September. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Sonnenstraße Nr. 9 ein schwarzseidner Damenmantel mit langem Kragen und mit Fransen besetzt; zwei hiesigen Handwerksgesellen während ihres Verweilens in einem Tanzlokale auf der Matthiasstraße, zwei silberne Spindel-Uhren und ein Portemonnaie mit circa 15 Sgr. Inhalt.

Gefunden wurde: ein Schlüssel.

Am 2ten d. Mts., Morgens, wurde eine ungekannte weibliche Person aus dem Stadtgraben todt ans Land gezogen. Die Entseelte, welche von kleiner, untersetzter Statur und circa zwanzig Jahr alt ist, war mit einem braunkarrirten Kattunkleide, weißleinenem Hemde, einer blauen Leinwand-Schürze und schwarzen Zeugstiefeln bekleidet.

Im Laufe letztverflossener Woche sind hierorts durch Scharfrichter-Knechte 21 Stück Hunde eingefangen worden. Davon wurden ausgelöst 8, getödtet 5, die übrigen 8 Stück dagegen noch am 1sten d. Mts. in der Scharfrichterei in Verwahrung gehalten. (Pol.-Bl.)

Breslau, 4. Septbr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Michaelis-Straße Nr. 11 ein Vorhängeschloß und eine weiße wollene Decke, und aus dem Gehöft Nr. 12 ein Sack mit Korn, eine Radwer mit gebogener Lehne, eine Axt und eine eiserne Kette; Karlsplatz Nr. 3 ein Stück Kattun von circa 13 Ellen, brauner Grund mit grauen Punkten und circa 3 bis 4 Ellen Kittai, so wie ein roth karrirtes Taschentuch; von dem hinter der Ohlauer-Thor-Expedition befindlichen Holz-Lagerplatze des Kaufmann A. ¼ Klafter kiefernes Scheitholz.

Gefunden wurden: eine Damentasche von grünem Plüsch und eine silberne Haarnadel mit goldenem Knopfe.

Am 2ten d., Mittags, wurde eine ungekannte circa 25 bis 30 Jahr alte weibliche Person aus der Oder an der Salzgasse ans Land gezogen. Die Entseelte, welche anscheinend schon längere Zeit im Wasser gelegen, war mit einem blauen Nesselrocke, einem weißen wattirten Unterrocke und einem weißleinenen Hemde gekleidet. (Pol.-Bl.)

⊙ **Görlitz,** 3. Sept. [Städtetag.] Der hier am 1. Sept. zusammengetretene Städtetag eröffnete Montag Vormittag 9½ Uhr seine erste Sitzung, die bis in die vierte Stunde des Nachmittags hinein dauerte. Nach einer Einleitungsrede des Hrn. Oberbürgermeister Elwanger aus Breslau constituirte sich die Versammlung durch die Wahl des Büreaus, welche wir bereits mitgetheilt haben. Ein Antrag zur Berathung über die Errichtung einer Hypothekenbank über die Beleihung von städtischen Grundstücken, vom Stadtverordneten Ludewig aus Breslau gestellt, wurde durch den Beschluß abgelehnt, bei der Tagesordnung stehen zu bleiben. Es wurde demnach zur Berathung und Beschlußfassung über die Errichtung einer Wittwen-Pensions-Anstalt für Communal-Beamte und Lehrer der schlesischen Städte übergegangen. Der Hr. Vorsitzende eröffnete die Generaldiskussion, wonächst dem Hrn. Referenten das Wort ertheilt wurde. Wir übergehen sowohl die Diskussion im Ganzen, wie im Einzelnen das Einbringen verschiedener Amendements, die zum großen Theil von der Versammlung abgelehnt wurden. Mit wenig Abänderungen nahm man die einzelnen Paragraphen des Status an und beschloß das Institut in's Leben treten zu lassen, sobald Städte mit 200,000 Seelen zusammengetreten sind. — Damit schloß die Sitzung des ersten Tages.

Nachmittags zerstreuten sich die Deputirten an verschiedene Punkte der Stadt, um die Sehenswürdigkeiten von Görlitz in Augenschein zu nehmen. Abends 9 Uhr wurde ihnen die Sternwarte geöffnet.

Die 2te Sitzung eröffnete der Vice-Vorsitzende, Oberbürgermeister Sattig aus Görlitz. Er beantragt nach dem Wunsche der Geschäftsordnungs-Commission, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß namentliche Abstimmung erfolgen soll, wenn der Antrag hierauf gestellt und von 15 Mitgliedern unterstützt wird. Die Versammlung nahm den Antrag an. Der Antrag des Hrn. Bürgermeister Rauthe, morgen die Sitzung um 7 Uhr zu beginnen, wurde nach dem Amendement des Hrn. Oberbürgermstr. Elwanger angenommen: die Sitzung um 8 Uhr Früh zu beginnen. Hierauf wurde in Bezug auf die Tagesordnung festgesetzt, daß der Theil f) „Berathung über die Errichtung einer Hypothekenbank für die Beleihung von städtischen Grundstücken in der Provinz Schlesien" — vor e) „Berathung über die Förderung der Oder-Regulirung" berathen werden solle, und zwar auf Antrag des Hrn. Vorsitzenden. — Hr. Bürgermeister Stuschke aus Glaz beantragt: Vor Eintritt in die Berathungen vorerst die zu dem gestern berathenen Statut erforderlichen transitorischen Bestimmungen nach den Vorschlägen des Hrn. Referenten zu berathen und festzusetzen. Demhingegen beantragt Hr. Oberbürgermeister Elwanger: die Beschlußfassung darüber bis nach Berathung über das Statut des Städtetages auszusetzen. — Der Elwangersche Antrag wurde angenommen.

Hierauf wurde über die „Errichtung einer Hypothekenbank für die Beleihung von städtischen Grundstücken in der Provinz Schlesien" die Debatte eröffnet. Referent ist Hr. Oberbürgermeister Elwanger. Zu den verschiedenen §§ des Statuts wurde eine große Menge Anträge zu Abänderungen gestellt, die theils angenommen, theils verworfen wurden. Die Antragsteller waren hauptsächlich: Stadtrath Trewendt aus Breslau, Kämmerer Pläschke aus Breslau, Prausnitz aus Glogau, Holländer aus Leobschütz, Riedel, Schmidt u. s. w. Schließlich wurden die Paragraphen mit wenig Abänderungen acceptirt. Am Nachmittage des zweiten Tages machten die Herren Deputirten einen Ausflug nach der Landskrone, und Abends 8 Uhr versammelten sie sich im großen Saale der „Societät", wo ihnen von der Stadt ein Diner bereitet ward.

Am dritten Tage stand der Statuten-Entwurf des Städtetages auf der Tagesordnung. Ref. Hr. Oberbürgermeister Böck aus Liegnitz. Mit wenigen Abänderungen wurde das Statut angenommen. Der weitere Gegenstand der Tagesordnung war die Geschäftsordnung, welche en bloc angenommen wurde. Der interimistische Vorstand hatte somit seine Functionen beendet und es wurde zur Neuwahl eines künftigen Vorstandes geschritten. Vorher wurde über die Wahl des nächstjährigen Vororts abgestimmt und Brieg durch Stimmenmehrheit gewählt. Von 77 Stimmen erhielt Hr. Oberbürgermeister Sattig 50 Stimmen bei der Präsidentenwahl, Hr. Bürgermeister Riedel 47 Stimmen als Vice-Präsident. Zu Vorstandsmitgliedern wurde erwählt Hr. Bürgermeister Rauthe in Striegau, Hr. Ober-Bürgermeister Böck in Liegnitz, Hr. Ober-Bürgermeister Glubrecht in Schweidnitz und Hr. Stadtrath Laurisch in Görlitz. Sämmtliche Gewählte nahmen die Wahl an.

Demnächst wurde auf Antrag des Herrn Vorsitzenden mit der Ausführung der Beschlüsse wegen der Hypotheken-Bank und der Wittwen-Pensions-Kasse der Vorstand durch Beschluß des Städtetages beauftragt. Die sonst angemeldeten Vorlagen der Tagesordnung wurden zur Kenntniß gebracht. Der Antrag des Herrn Raschke: „ein Exemplar der stenographischen Berichte jedem Mitgliede und eins jeder Stadt in Schlesien zuzusenden", wurde durch Beschluß angenommen.

Hiernächst wurde die Sitzung des Städtetages nach einer Ansprache des Herrn Vorsitzenden mit einem Hoch auf Se. Majestät den König geschlossen.

Der Nachmittag des letzten Tages war den Besichtigungen industrieller Anstalten gewidmet. Abends versammelten sich die Herren in Helds Garten und beschlossen ihre Mission mit dem Genuß eines vom Kapellmeister Hrn. Ruschewey gut ausgeführten Concerte.

Beim hiesigen Städtetage waren 58 Städte Schlesiens durch 152 Deputirte vertreten. Unter den Deputirten befanden sich: 5 Ober-Bürgermeister, 39 Bürgermeister, 32 Stadträthe, 10 Stadtverordneten-Vorsteher, 55 Stadtverordnete, 1 Stadtältester, 1 Baumeister, 2 Kaufleute, 1 Partikulier, ein Major a. D., 1 Lieutenant a. D., 1 Arzt, 1 Schneider, 1 Lithograph und 1 Posthalter.

Breslauer Sternwarte.

3. Sept. 10 U. Abds.	27 7,46	+15,0	SO. 1.	Bewölkt.
4. Sept. 6 U. Morg.	27 6,75	+14,4	SO. 1.	Trübe. Regen.

Wasserstand.

Breslau, 4. Sept. Oberpegel: 13 F. 7 Z. Unterpegel: — F. 7 Z.

Karlsruhe, 1. Sept. Bei der heute stattgefundenen Gewinnziehung der badischen 50-Fl.-Loose fielen auf folgende Nummern die beigesetzten Prämien: Nr. 44,823 35,000 Fl.; Nr. 55,237 10,000 Fl.; Nr. 27,298 7000 Fl.; Nr. 38,183 3000 Fl.; Nr. 22,763, 43,276, 83,503 und 92,593 jede 1500 Fl.; Nr. 62,603, 18,886, 43,401, 87,148 und 34,909 jede 1000 Fl.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank,

gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846.

Aktiva.

1)	Geprägtes Geld und Barren	89,916,000 Thlr.
2)	Kassen-Anweisungen und Privatbanknoten	1,337,000 „
3)	Wechsel-Bestände	53,698,000 „
4)	Lombard-Bestände	4,868,000 „
5)	Staatspapiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	10,551,000 „
	Passiva.	
6)	Banknoten im Umlauf	107,988,000 „
7)	Depositen-Kapitalien	26,231,000 „
8)	Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	5,768,000 „

Berlin, den 31. August 1862.

Königl. preußisches Haupt-Bank-Direktorium.

Meyen. Schmidt. Dechend. Woywod. Kühnemann.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 3. Septbr., Nachm. 3 Uhr. Bei stillem Geschäft eröffnete die Rente zu 69, 10, fiel auf 69, 05 und schloß fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93⅝ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 25. 4½proz. Rente 98, —. 3prz. Spanier 48¼. 1prz. Spanier 44¼. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 480. Credit mobilier-Aktien 900. Lomb. Eisenbahn-Aktien 612. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 3. Septbr., Nachm 3 Uhr. Silber 61⅜. Consols 93½. 1proz. Spanier 44¼. Mexikaner 30¾. Sardinier 82. 5proz. Russen 94. Neue Russen 93½.

Wien, 3 Sept. Mitt. 12 Uhr 30 M. Die Börse war in fester Haltung. 5proz. Metall. 70, 90 4½proz. Metall. 62, 50 Bank-Aktien 791. Nordbahn 194, 20. 1854er Loose 89, 75 National-Anleihe 82, 50. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 244, — Creditaktien 211, 60. London 127, 80. Hamburg 95, 10 Paris 50, 60. Gold , —. Silber , . Böhmische Westbahn 157, 50. Lombardische Eisenbahn 281 —. Neue Loose 130, 75. 1860er Loose 91, 10

Frankfurt a. M., 3. Sept Nachm. 2 Uhr 30 M. Schluß-Course: Ludwigsh.-Berbach 138. Wiener Wechsel 91⅝. Darmst. Bankaktien 225½ Darmst. Zettelbank 249½. 5proz. Metall. 53 4½proz. Met. 47. 1854er Loose 69½. Oesterr. National-Anleihe 63. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228. Oesterr. Bank-Antheile 722. Oesterreich. Credit-Aktien 193. Neueste österr. Anleihe 71½. Oesterr. Elisabet-Bahn 119½. Rhein-Nahe-Bahn 29⅝. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 128½.

Hamburg, 3. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Ruhig, jedoch fest. — Schluß-Course: National-Anleihe 63½. Oest. Credit-Aktien 81½. Vereinsbank 101⅞ Norddeutsche Bank 98⅛. Rheinische 94¼. Nordbahn 64¾. Disconto --. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 3 Sept [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts sehr flau. Roggen loco unverändert, ab Königsberg pr. Herbst 81 Verkäufer, pr. Frühjahr zu 76 zu haben. Oel pr. Oktbr. 29⅞—¾, pr. Mai 28¾—⅝. Kaffee ruhig. Zink stille.

Liverpool, 3. Septbr. [Baumwolle.] 5,000 Ballen Umsatz. — Preise sehr fest.

London, 3. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen gefragt, fremder beschränkt. — Wetter veränderlich.

Amsterdam, 3. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco stille, Terminroggen fest. Raps ptember 78½. Rüböl Herbst 45½.

Berlin, 3. Sept. Die heutige Börse war in allen Richtungen unbedeutend; weder die Coursveänderungen, noch der Geschäftsumfang bot irgend etwas Signifikantes. Die Entwickelung des Geschäftes war matt und eintönig, die Haltung ruhig. Nichts erinnerte daran, daß erst vor wenigen Tagen eine drohende, noch lange nachzitternde Krisis einen vorläufigen Abschluß gefunden hat. Die nicht günstigen pariser Course von gestern, und die heutigen wiener, die sich bereits in unserer Zeitung finden, machten die Börse matt und verringerten die ohnehin nur spärliche Geschäftslust. Nur wenige Effecten machten eine Ausnahme: genfer Credit durch erhebliche Umsätze, manche Eisenbahnactien, besonders schlesische, durch Festigkeit, manche leichte Eisenbahnactien durch zahlreiche Schwankungen bei weichender Tendenz. Sonst verriethen gerade Eisenbahnactien eine weichende Tendenz. Störungen der Witterung trugen zur Einschränkung des Geschäfts noch mehr bei, so daß sich die Börse schon vor dem legalen Schluß auflöste. Der Geldmarkt, bei 3% Disconto, unbelebt. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 3. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	101¾ G.
	Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100 B.
	dito 54, 55, 56, 57	4½	102¼ bz.
	dito 1853	4	99¾ bz.
	dito 1859	5	108⅛ bz.
	Staats-Schuld-Sch.	3½	90½ bz.
	Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 bz.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	102¾ bz.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärker	3½	92⅞ B.
	dito dito	4	101½ bz.
	Pommersche	3½	91¾ B.
	dito neue	4	101 bz.
	Posensche	4	104¾ G.
	dito	3½	99 G.
	dito neue	4	99¼ bz.
	Schlesische	3½	95 G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärker	4	100⅜ bz.
	Pommersche	4	100¼ bz.
	Posensehe	4	100 bz.
	Preussische	4	100 bz.
	Westf. u. Rhein.	4	99¾ G.
	Sächsische	4	100¼ bz.
	Schlesische	4	100⅝ G.
	Louisdor	—	109⅞ G.
	Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	55¾ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	71 B.
dito neue 100 fl.-L.	—	69 G.
dito Nat.-Anleihe	5	64¾ bz.u.G.
dito Bankn. n. Whr.	-	79⅜ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	94½ G.
dito 5. Anleihe	5	87⅜ bz.u.G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84⅛ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87⅝ bz.u.G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 B.
dito à 300 Fl.	5	94¼ B.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	87¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57½ B.
Baden 35 Fl.	—	31½ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	86 G.
Aach.-Mastricht.	3½	4	31½ bz.u.G.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	90¼ G.
Berg.-Märkische	6½	4	111 bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	138 bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	120 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	212 bz.u.G.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	128 bz.
Breslan-Freibrg.	6⅞	4	131½ bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	182 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/15	5	126½ bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	138 G.
Magd.-Halberst.	22½	4	320 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¼ a ½ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	127¾ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	60¾ à 61 bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger	3½	4	83 bz.
Niederschles.	4	4	99½ etw. bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	75½ bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65½ à¼E.¾ bz.u.B.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 9/15	3½	166½ bz.
Oberschles. B.	7 9/15	3½	144 bz.
dito C.	7 9/15	3½	166½ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	96¾ B.
dito Prior E.	—	3½	84⅞ G.
dito Prior F.	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	50⅛ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	58¾ B.
Rheinische	5	4	95½ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	101 B.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	99½ B.
Rhein-Nahebahn	—	4	27¼ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 11/15	3½	91 B.
Starg.-Posener	4	3½	108 bz.
Thüringer	6⅔	4	125 bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	57 B.
dito Prior	—	4	91¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	92¼ B.
dito dito	—	5	94½ B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 13/15	4	114¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	94 B.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	80¼ B.
Bremer „	5⅖	4	104 G.
Coburg. Credit A	3	4	77½ G.
Darmst. Zettel-B.	8⅗	4	100 B.
Darmst. Credb. A.	5	4	90 i. P. bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	3¼ etw. bz.u.B.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	96¾ bz.
Genf. Creditb. A.	—	4	42⅝ à 43¾ bz.B.
Geraer Bank	5¾	4	92¾ G.
Hamb. Nord. Bank	5	4	97 B
„ Ver.-Bank	5 5/15	4	101½ G.
Hannov. „	4½	4	100 B.
Leipziger „	3	4	77½ G.
Luxembrg. „	10	4	102 etw. bz.u.G.
Magd. Priv. „	4 3/15	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	91½ etw. bz.
Minerva Bgwk. A.	—	5	33¼ G.
Oester. Creditb. A.	7¾	5	82 à 82¼ à ⅛ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/15	4	98¾ G.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/15	4½	121 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	97 G.
Thüringer Bank	2⅝	4	58½ G.
Weimar. Bank	4	4	83¼ etw. bz.u.G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143¾ bz.
dito	2 M.	143⅛ bz.
Hamburg	8 T.	151½ bz.
dito	2 M.	150⅞ bz.
London	3 M.	6. 21¾ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	79 bz.
dito	2 M.	78¼ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅚ G.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	97¾ bz. 3 M. 97 bz.
Warschau	8 T.	87⅝ bz.
Bremen	8 T.	109⅝ bz.

Berlin, 3. Septbr. Weizen loco 65—79 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco neuer 81—82pfd. 50½ Thlr. poln. 50 Thlr. ab Bahn bez., schwimm. eine Ladung 81—82pfd. 50¾ Thlr. ab Bahn bez., Septbr. und Septbr.-Oktbr. 50½—49¾ Thlr. bez. und Gld., Oktbr.-Novbr. 49¼—48¾ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 48¼—47¾ Thlr. bez., Frühjahr 46¾—½ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 37—42 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—24 Thlr., gelber schlesischer 23 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Septbr. und Septbr.-Oktbr. 23¼—⅛ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 23½—⅜ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 23¾—⅞ Thlr. bez., Frühjahr 23½—⅝—⅛ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—56 Thlr. — Winterraps 98—104 Thlr. — Winterrübsen 98—104 Thlr. — Rüböl loco 14 5/12—⅜ Thlr. bez., Septbr. und Septbr.-Oktbr. 14⅓—¼ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 14 7/24—5/24 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 14¼—5/24 Thlr. bez., Dezbr.-Jan. 14⅙ Thlr. bez., April-Mai 14 1/24—14 Thlr. bez. — Leinöl loco 14¾ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 18½—5/12 Thlr. bez., Septbr. und Septbr.-Oktbr. 18⅓—1/12 Thlr. bez. und Br., 18 Thlr. Gld., Oktbr.-Novbr. 17½—¼—⅓ Thlr. bez. und Br., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 17⅛—16 23/24—17 Thlr. bez., Br. und Gld., April-Mai 17½—⅜—5/12 Thlr. bez.

Weizen ohne Handel. Roggen zur Stelle war wenig begehrt und deshalb ohne nennenswerthe Bedeutung. Termine eröffneten fest, verkehrten alsdann unter dem Einfluß eines reichlichen Angebots in weichender Tendenz und schließen matt gehalten. Gekündigt 2000 Ctnr. Hafer loco flau. Termine still. Gekündigt 1800 Ctnr. Rüböl wurde überwiegend angeboten und Kauflust schwach, weshalb alle Sichten im Werthe etwas zurücksetzen. Der Umsatz blieb äußerst beschränkt. — Spiritus setzte über die gestrigen Schluß-Course ein, wurde aber durch dringliche Offerten merklich gedrückt und schließt der Markt ein wenig fester. Gekündigt 80,000 Quart.

⚘ **Breslau,** 4. Septbr. Wind: Ost. Wetter: trübe und regnicht. Thermometer Früh 13° Wärme. Die Zufuhren von Getreide waren am heutigen Markt nicht sehr belangreich, demungeachtet zeigt sich im Allgemeinen die Kauflust nicht belebter.

Weizen wenig angeboten, daher beschränkter Umsatz; pr. 85pfd. weißer 75—86 Sgr., gelber 75—84 Sgr. — Roggen ruhiger; pr. 84pfd. 52—54—56—58 Sgr., feinster bis 59 Sgr. — Gerste vereinzelt mehr beachtet; pr. 70pfd. 38—39½ Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer flau; pr. 50pfd. schlesischer 23—24½ Sgr. (galizischer 22—23 Sgr.). — Erbsen und Wicken ohne Geschäft. — Rapskuchen 51—54 Sgr. — Oelsaaten etwas ruhiger, feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein ruhig.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	75—82—87	Wicken	36—38—41
Gelber Weizen	75—82—84		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—55—59	Schlag-Leinsaat	165—178—190
Gerste	37—39—42	Winter-Raps	200—220—238
Hafer	22—25—28	Winter-Rübsen	198—218—228
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	190—205—216

Kleesaat wenig Geschäft, rothe 8—10—11¾—14 Thlr., weiße 9 bis 11½—14½—16½ Thlr., neue 14—17½ Thlr., hochfeine bis 19 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr., Metze ¾—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14 Thlr. Br., Termine 13 11/12 Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 17¼ Thlr. Br., pr. Herbst 16 11/12 Thlr. Br.

Posen, 3. September. Wetter: schön. Roggen: schwach behauptet. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 42¼ bez. u. Gld., September-Oktober 42¼—⅙ bez., October-November 41⅚ bez., 42 Br., November-Dezember 41 7/12 bez. u. Gld. ¾ Br., Dezember-Januar 41½ Gld., Januar-Februar —, Frühjahr 1863 41 7/12 Gld., ¾ Br.

Spiritus: matter. Gek. 3000 Qrt. Loco per d. Monat 17 7/12 Br., Oktober 17—16 23/24—11/12 bez., Gld. u. Br., November 16½ bez. u. Br., Dezember 16⅓ bez. u. Br., Januar 1863 16⅓ Br., Frühjahr 16⅔ Br., 7/12 Gld. Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.